

Katastrophale Folgen

Zu „Solares Geoengineering könnte Gutes tun“, FR-Wissen vom 17. Januar

Die Idee, die Sonneneinstrahlung durch Eintrag von Sulfatpartikeln zu dimmen, geht auf den sowjetischen Atmosphärenwissenschaftler Mikhail Budykoff zurück, der sie 1974 in seinem in russischer Sprache verfassten Buch „Klimawandel“ beschrieben hat. Er schätzte, dass circa 200.000 Tonnen Sulfatpartikel in die Stratosphäre einzubringen wären, um die globale Erwärmung für die Zeit zwischen 1920 und 1940 zu kompensieren.

Diese enorme Menge wäre heute um ein Vielfaches zu erhöhen, um die 1,5 Grad-Grenze des Pariser Klimaabkommens nicht zu überschreiten. Nach den inzwischen vorliegenden Erkenntnissen der Atmosphärenforschung kann dieser Vorschlag mit Fug und Recht als die abgedrehteste der bekannten Phantasien des solaren Geoengineering bezeichnet werden. Hier soll der Teufel mit dem Belzeub ausgetrieben werden. Zirkulationsprozesse der Atmosphäre würden diese sauren Partikel in die untere Atmosphäre transportieren. Der Partikeleintrag wäre ständig aufzufüllen, die zurücktransportierten Sulfatpartikel würden zur weiteren Versauerung der Umwelt führen. Saurer Regen, Waldsterben, Ozeanversauerung. Eine Unterbrechung des Nachschubs an Sulfatpartikeln würde nachgerade einen Klimaschock bewirken.

Hans Möller, Frankfurt

Keine Bilder vom Elend

Tonga: „Inseln unter Asche“, FR-Panorama vom 19. Januar

Es ist unglaublich, welchen Stellenwert die Berichterstattung über das Schicksal der Tongaer einnimmt und welche Hilfsmaßnahmen durchgeführt werden. Da ist vom Einsatz von Segelschiffen die Rede und dem Beladen von herkömmlichen Schiffen, als wären wir noch in Zeiten der holländischen Entdecker. Die Massivität des Vulkanausbruchs legt nahe, dass ein Tsunami über das Archipel geschwappt ist und Zehntausende von Toten und Verletzten zu beklagen sind. Zum Glück für die freie Welt gibt es keine Bilder des Elends. Und was sich nicht abbildern lässt, lässt die Menschheit kalt. Wäre dort ein deutscher Urlauber von der Luftmatratze gefallen, wäre die Bundeswehr unmittelbar zum Rettungsflug angetreten!

Man kann sich gut vorstellen, dass zukünftig dieser zynische Umgang mit Menschenchicksalen, die u.a. auch durch den Klimawandel bewirkt werden, ähnlich ablaufen könnte: Einfach keine Bilder zeigen. Dann muss man sich nicht einmal die Augen zuhalten wie einer der bekannten drei Affen!

Reinhold Richter, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220117

FR ERLEBEN

Pitt von Bebenburg spricht mit Reem Alabali-Radovan, der neuen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, und moderiert anschließend eine Diskussion über die Migrations- und Integrationspolitik mit Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen. Eine Veranstaltung im Rahmen der Vorbereitungs-Tagung zur Interkulturellen Woche 2022. Informationen und Anmeldung unter interkulturellewoche.de/Tagung2022
Samstag, 12. Februar, 9.15 Uhr

Schau mal, wem man da auf die Füße tritt

Russland-Ukraine-Konflikt: „Vor Moskau tun sich rote Linien auf“, FR-Politik vom 10. Januar

EU ist uneins, die Nato hat ein Problem

Der vom „KGB-Chef und Zar auf Lebenszeit“ Wladimir Putin geschürte Ukraine-Konflikt beschäftigt jeden Tag die Medien. Putin nutzt in KGB-Manier die Schwächen seiner Gegner, um seine Großmachtträume zu erfüllen. Die USA fallen nach dem unruhlichen Abzug aus Afghanistan als Schutzmacht aus. Die Nato ist nicht in der Lage, die Ukraine zu schützen. Die EU ist uneins, und die neue Ampelkoalition hat insbesondere wegen der SPD ein „Russland-Problem“. Wladimir Putin wurde sicherlich von seinem Duzfreund Gerhard Schröder über die Probleme der SPD informiert. Kanzler Scholz ist auf Tauchstation. Der SPD-Vorsitzende und „Schröder-Freund“ Lars Klingbeil gilt als nibelungenhaft russlandfreundlich; ebenso der neue Generalsekretär und historische Berufsanfänger, Kevin Kühnert. Ohne Gerhard Schröder gäbe es bis heute kein Nordstream 2. Ein ökologisch und wirtschaftlich völlig unnötiges Projekt, das nur Wladimir Putins Machtstreben und Gerhard Schröders Kasse, als Vorstandsmitglied von Gazprom, diene.

Momentan gibt es wohl nur einen Weg, um Putin und die ihn unterstützenden Vasallen zu beeindrucken: Russland muss von dem internationalen Zahlungsverkehrsdienstleister Swift abgekoppelt werden. Das wäre die „Nagelprobe für die EU und für die Ampelkoalition.“

Dieter Obst, Wiesbaden

Vieles wäre da noch zu erwähnen

„Wenn die Russen kommen“, „revanchistisches Russland“, „aggressive Haltung Putins“ – so oder ähnlich tönt es seit Wochen aus dem Blätterwald. Da wird das Szenario eines drohenden russischen Einmarsches in den Donbass an die Wand gemalt. Mehrere Analysen zeigen jedoch, dass Moskau daran kein Interesse hat, sehr wohl aber an Garantien für die Sicherheit Russlands. Es geht dem Kreml vor allem um eine endgültige Beendigung der Nato-Osterweiterung, d.h. um den Verzicht auf die geplante Aufnahme der Ukraine

und Georgiens in den Militärpakt. Doch beide Länder wollen so bald als möglich der Nato beitreten.

„Ich denke, das (die Nato-Osterweiterung) war ein tragischer Fehler. Es gab überhaupt keinen Grund dafür. Niemand bedrohte irgendjemanden.“ Wer das sagte? Putin? Nein, das war George Kennan, der Architekt amerikanischer Eindämmungspolitik. Der langjährige deutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher sah das nicht anders. Und Kennan fügte hinzu: „Natürlich wird es darauf zukünftig eine böse Reaktion durch Russland geben, und dann werden sie (die Nato-Erweiterer) sagen: So sind die Russen, das haben wir auch immer gesagt.“

Jahrelang hat sich Moskau um eine engere Kooperation mit dem Westen bemüht. Man denke nur an die mit stürmischem Applaus bedachte Rede Putins im September 2001 im Bundestag, in der er für die Errichtung einer „dauerhaften internationalen Sicherheitsarchitektur“ und für einen gemeinsamen „Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok“ warb – was die USA bisher mit aller Macht zu hintertreiben wussten. Antwort des Westens auf die Vorschläge? Keine. Bereits Anfang 1954 plädierte die UdSSR für die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems – erfolglos. Vieles wäre noch zu erwähnen.

Wer nicht nur der üblichen Propaganda aufsitzen, sondern sich über die Hintergründe des gegenwärtigen Konflikts zwischen der Nato und Russland gründlich informieren möchte, möge unbedingt den exzellenten Vortrag „Eiszeit mit Russland?“ anhören, den Gabriele Krone-Schmalz kürzlich in der VHS Köln gehalten hat. Er ist auf Youtube verfügbar. Erwin Junker, Marburg

Die letzte Variante dieser Doktrin

In der Ukraine-Krise sind schon viele rote Linien verkündet worden. Wo aber die in der Überschrift genannte rote Linie vor Moskau genau zu verorten ist, hat sich mir auch nach mehrfachem Lesen nicht erschlossen. Die allererste Asso-

ziation, die ich hatte, war diejenige Linie, bei der der Vormarsch der Wehrmacht im Winter 1941/42 im Matsch zum Erliegen kam. Aber die ist wohl nicht gemeint.

Ist aber auch schwierig, weil da ja derzeit keine Landesgrenze ist. Vielleicht ist dies aber auch einfach die weltweit geltende rote Linie der USA und ihrer westlichen Verbündeten, der zu Folge man in jedem Land der Welt kriegerisch eingreifen darf, sofern man ein UN Mandat dazu hat, oder, wenn das gerade nicht zur Hand ist, man das auch darf, vorausgesetzt man tritt dabei keiner anderen Macht direkt auf die Füße.

Der letzteren Variante dieser Doktrin folgend hat beispielsweise die Nato 1999 Belgrad bombardiert und eine anglo-amerikanische Koalition 2003 unter dem Vorwand angeblicher Massenvernichtungswaffen den Irak in Schutt und Asche gelegt, um nur zwei typische Beispiele zu nennen. Vergessen habe ich zu sagen, dass diese rote Linie im Fall der USA für jedes Land natürlich genau an der eigener Außengrenze liegt. Diese rote Linie hat Russland mit der Einverleibung der Krim 2014 erstmals zu überschreiten gewagt.

Umgekehrt ist es immer die selbe rote Linie, bis zu der die USA selbstverständlich nach Belieben walten können. Es fällt in diesem Zusammenhang schwer, einen US-Fall zu finden, der der Annektion der Krim durch Russland auch nur entfernt nahekommt. Am ehesten fällt einem da Guantánamo ein, der US-Stützpunkt auf Kuba, den die USA 1903 im Zuge des Kolonialkrieges mit Spanien an sich gerissen haben und den man trotz entsprechender Rückforderungen seit der kubanischen Unabhängigkeit 1959 nicht an das Land zurückgegeben hat. Einer der vielen Gründe, warum dieser Fall natürlich nicht mit der Krim gleichzusetzen ist, sind die eklatanten und systematischen Menschenrechtsverletzungen, welche die USA auf diesem Stützpunkt im Zuge ihres „Kampf gegen den Terror“ begangen haben.

Hans-Peter Piepho, Ostfildern

Diskussion: frblog.de/heusgen

Eine Salonlinke und Selbstdarstellerin

Sahra Wagenknecht: „Links wächst der Unmut“, FR-Politik vom 14. Januar

Da Sahra Wagenknecht Thesen verbreitet, die weit außerhalb des linken politischen Spektrums ihren Anklang finden, ist sie eine echte Gefahr für den Fortbestand ihrer Partei. Vor allem in der Flüchtlingspolitik als auch in ihrer Kritik an den Corona-Maßnahmen fischt sie in trüben Gewässern.

Sie und ihr Mann Oskar Lafontaine betreiben ihren eigenen Laden, auch wenn sich Oskar jetzt politisch im Saarland zurückziehen will. Man kann flap-

sig sagen: Die beiden haben sich gesucht und gefunden, um möglichst lange im öffentlichen Rampenlicht stehen zu können.

Die Dauerpräsenz von Wagenknecht in den sozialen Netzwerken, im Fernsehen sowie ihre provokanten Buchtitel sind ihr Markenzeichen. Was sie eigentlich umtreibt, ist nicht so einfach zu ergründen. Doch diese Exklusivität und breite Popularität scheint sie immer wieder anzutreiben, mit einem nächsten Stein des Anstoßes die öf-

fentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Wobei ihre Aussagen immer klischeehafter und langatmiger werden.

Wenn Markus Decker sagt, dass Sahra Wagenknecht die Existenz der Partei gefährdet, wenn sie nicht selbst die Partei verlässt, dann liegt er richtig. Was die Partei „Die Linke“ jetzt am allerwenigsten gebrauchen kann, ist eine Salonlinke als Reisende in Sachen Selbstdarstellung und Publikumserfolg.

Jürgen Malyssek, Wiesbaden